



Abgeordnete im italienischen Parlament

GIUSEPPE LANI / PICTURE ALLIANCE / DPA

ESSAY

## Schläger in Zivil

In Zeiten großer Krisen wird die Trennwand zwischen Zivilisation und Barbarei gefährlich dünn.

Von Ullrich Fichtner

Im Palazzo Pubblico von Siena ist der berühmte Saal des Friedens mit allegorischen Fresken der guten und der schlechten Regierung geschmückt. Der Maler, Ambrogio Lorenzetti, setzte sie vor fast 700 Jahren ins Werk, und ihre Betrachtung wird sich immer lohnen: Die Wandbilder zeigen, wie Länder aufblühen, wenn Frieden, Gerechtigkeit, Mäßigung und Klugheit regieren, sie sind bei Lorenzetti lässige junge Frauen in prächtigen Gewändern an der Seite des Königs. Glaube, Liebe, Hoffnung schweben über ihnen, und die Eintracht mit besticktem Gewand und Goldreif im Haar reicht das Band der Gerechtigkeit an die Bürger weiter.

Die schlechte Regierung hat Lorenzetti mit schrägen Gestalten besetzt, der König trägt teuflische Hörner, seine Beraterinnen sind Krieg, Aufruhr und Unterdrückung, und die hässliche Zwietracht unterhöhlt das Gemeinwohl. Es ist die Sprache, die auch die hier gezeigten Bilder sprechen. Sie reden vom Ende der Argumente und vom Beginn des Faustrechts. Sie reden von Krisen, die mit zivilen Mitteln nicht mehr zu bewältigen sind, von Streitereien, die den Raum des Politischen verlassen

und in der Kampfarena ausgetragen werden, bis – ganz unmetaphorisch – Blut fließt und der Gegner am Boden liegt. Es sind Bilder von heute, aus nahen und fernen Parlamenten, Bilder aus aufgewühlten Zeiten.

Italien erlebte im vergangenen Winter einen Tiefpunkt seiner moderneren Geschichte und der ausklingenden Ära Berlusconi, als einige Parlamentarier nicht mehr reden wollten, sondern nur noch schlagen konnten. Das lässt sich als Ausrutscher abtun, als Szene aus der fortlaufenden menschlichen Komödie, es ließe sich aber auch als Symptom für Schlimmeres bewerten.

In diesen Zeiten der chronischen ökonomischen Krise, in denen ratlose Regierungen und ein entgrenztes Finanzsystem überall Verlierer in Scharen produzieren, wachsen die Gefahren für die zivile Gesellschaft. Nach Jahrzehnten des Redens über den Verdruss an der Politik ist dieser Verdruss nun vielerorts mit Händen zu greifen und will sich in Aktionen Bahn brechen. In Teilen Europas ereignen sich Szenen, die aus Zeiten zu stammen scheinen, in denen Kriege noch jederzeit denkbar waren.



Fernsehstudio in Athen



Parlament in Ankara



Sächsischer Landtag in Dresden

ANTENNA TV / AFP (O.); BURHAN OZBILICI / AP (U.); JOERN HAUF / DAPD (R.)

Im sächsischen Landtag traten vergangene Woche die acht völkischen Vertreter der NPD in Thor-Steinar-Hemden auf, um ihre Nähe zu neonazistischen Schlägern zu demonstrieren. Es ist zweieinhalb Wochen her, dass ein griechischer Neonazi in einer Talkshow seiner kommunistischen Gegnerin mit barbarischem Gestus mehrmals ins Gesicht schlug. Der Platz um das griechische Parlament erinnert dieser Tage viel zu oft an ein Schlachtfeld unversöhnlicher Interessen. Auch die Plätze Spaniens sind zu oft gefüllt mit jungen, wütenden Menschen.

Die Tonart in einigen Parlamenten, wo Extremisten wieder Sitz und Stimme haben, wird schärfer, unziviler. Bei der Präsidentschaftswahl in Frankreich hat ein Drittel der Wähler für rechts- oder linksextreme Bewerber gestimmt, und die abgewählte „bürgerliche“ Regierung von Nicolas Sarkozy versuchte sich am Ende ganz kleinbürgerlich mit fremdenfeindlichen Parolen im Amt zu halten.

In vielen anderen Ländern der näheren oder weiteren Nachbarschaft – in Ungarn, der Ukraine, Russland, in der Türkei und der Slowakei – zeigen Regierungen und Volksparteien deutliche Neigung zu ungutem Nationalismus und gefährliche Abneigung gegen das Programm einer freiheitlich-demokratischen Ordnung. Die populistisch-xenophobe Dänische Volkspartei treibt in ihrer Heimat die politische Debatte an, dasselbe gelingt dem islamophoben Geert Wilders in den Niederlanden, dessen Partei binnen wenigen Jahren von 0 auf jetzt 15,5 Prozent der Wählerstimmen zugelegt hat. Die ungarischen Rechts-extremisten der Jobbik-Partei haben 16,7 Prozent geholt, und so ließen sich weitere Länder durchbuchstabieren.

Sitzen die systemfeindlichen Scharfmacher einmal in den hohen Häusern der De-

mokratie, dann in der Regel nur, um sich wichtig zu machen und die demokratischen Prozesse zu behindern. Sie ziehen in die Parlamente ein mit dem Ziel, sie zu beschädigen, die Debatten dort so sinnlos zu verschärfen, bis womöglich die Fäuste fliegen.

Deutschland hat im Laufe des 20. Jahrhunderts reichlich Erfahrung mit dem Verlust von Zivilisation gesammelt. Hier wurde offenbar, wie rasend schnell Armut und Abstiegsangst die sicher geglaubten Werte einer Gesellschaft zerstören können. Hier zeigte sich, dass ökonomische Krisen früher oder später immer politischer werden, die am Ende das ganze System betreffen können. Deutschland ist das Lehrbeispiel dafür, dass der Weg zwischen Demokratie und Diktatur atemberaubend kurz sein kann. Dass die Trennwand zwischen Zivilisation und Barbarei nur papierdünn ist.

Und dass am Ende wohl doch das Sein das Bewusstsein bestimme, wie Karl Marx formulierte. Die Zahlen sprechen jedenfalls dafür. In der „Financial Times Deutschland“ stand dies zu lesen: „Eine Studie der Wissenschaftler Markus Brückner und Hans Peter Grüner ergab, dass in 16 OECD-Ländern, die zwischen 1970 und 2002 untersucht worden sind, ein Prozentpunkt Wachstumsrückgang einherging mit einem Prozentpunkt Anstieg beim Zuspruch für extremistische Parteien.“

Das Wachstum in Europa ist in diesen Jahren schwach, auch wenn Deutschland gerade etwas besser dasteht. Aber die Wirtschaft vieler südlicher Länder schrumpft in beängstigendem

Tempo. Genauso schnell hat sich der Ton in der politischen Auseinandersetzung verschärft. Diese Tendenzen werden sich nach allem, was viele Ökonomen vorrechnen, verschlimmern. Und es ist möglich, dass Bilder wie die hier gezeigten wieder zur Galerie unseres täglichen Lebens gehören werden. ◆



**Video:**  
Wie, wo und warum  
Politiker prügeln

Für Smartphone-Benutzer:  
Bildcode scannen, etwa mit  
der App „Scanlife“.